

Die Gleichheit.

Beitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 3189) vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahres-Abonnement Mk. 2.00.

Stuttgart
Mittwoch den 21. Oktober
1903.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Clara Jettin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Zurbach-Straße 19.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Inhalts-Verzeichnis.

Auf der Anklagebank. — Die Wurmkrankheit im Ruhrrevier. Von Louise Zieg. — Zur Frage der Erstattung von Invalidenversicherungsbeiträgen im Falle der Eheschließung. Von H. Sch. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Munn, das Hündchen des Taubstummen. Erzählung von J. S. Turgenjew. Aus dem Russischen übersetzt von L. A. Hauff. (Fortsetzung.)

Notizenteil: Der Zehnstundenkampf der Textilarbeiter in Crimmitschau. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung.

Auf der Anklagebank.

Das furchtbare Trauerspiel eines herzzerreißenden Kinderschicksals hat jüngst in Bayreuth mit dem Prozeß gegen den entarteten Prügelpädagogen Dippold seinen Abschluß gefunden. Orell, einem elektrischen Scheinwerfer gleich, beleuchtet es eine der charakteristischen, anklagenden Erscheinungen unserer Tage: die Versekung der bürgerlichen Familie in der kapitalistischen Ordnung und durch sie. Das entsetzliche Los, das dem vierzehnjährigen Sohne des Reichsbankdirektors Koch in Berlin gefallen, und das um Haaresbreite auch den jüngeren Bruder ereilt hätte, stellt gewiß einen außergewöhnlichen Einzelfall dar. Ein außergewöhnliches und zufälliges Geschehnis ist, daß als Erzieher der Knaben ein Mann angestellt wurde mit offenbar krankem geschlechtlichem Triebleben, ein sogenannter Sabist, dem die Grausamkeit höchstes Wohlustempfinden verschaffte. Jedoch nicht außergewöhnlich, alltäglich, typisch sind die Verhältnisse, welche den Boden dafür abgaben, daß erziehungs- und schutzbedürftige Kinder sogar wie ohne jede Kontrolle auf Gnade und Ungnade einem anormalen Wüterich anvertraut wurden. Es sind die alltäglichen, typischen Verhältnisse, unter denen die Jugend der oberen Zehntausend heranwächst und erzogen wird.

Da sind Eltern, reich, ja überreich mit Vermögen und sozialen Glücksgütern gesegnet, welche materielle Vorbedingungen für eine vorzügliche Erziehung des Nachwuchses sind. Sie haben Kinder gezeugt, sie erziehen sie nicht. Der Mann geht auf im Kampfe mit dem „feindlichen Leben“. Er muß „erlisten, erraffen“, um den Seinen zu hinterlassen, was heute kostbarer Erbteil als reich entwickeltes, blühendes Menschentum ist: Gold, viel Gold. Seine Berufstätigkeit entartet unter dem vergiftenden Hauche des Kapitalismus zur tolen, rasenden Gay um Besitz und soziale Macht. Sie beschlagnahmt seine Zeit, sie saugt ihm die Kraft aus den Adern, sie zehrt und zerrt an seinen Nerven. Es schwindet ihm die äußere Möglichkeit, es erfüllt ihm die Lust, seinen Kindern in der höchsten Bedeutung des Wortes Vater zu sein. Er überläßt die Sorge für ihre Erziehung ausschließlich der Frau, sein Anteil daran schrumpft zu allgemeinen Anordnungen, Befehlen, gelegentlicher Prüfung des Benehmens und der Leistungen zusammen.

Und die Mutter? Sie gehört der „Gesellschaft“, sie muß „repräsentieren“. Also gebietet es die „heilige Stellung der Frau“ bei den Bevölkerungsschichten, die auf den oberen Sprossen der sozialen Stufenleiter stehen. Die gesellschaftlichen Verpflichtungen mit ihrem Drum und Dran von tausenderlei Nichtigkeiten und Außerlichkeiten — von der kopfzerbrechenden Sorge um die Toilette bis zum Glänzen auf Wohltätigkeitsbällen, des Skollettierens mit

Kunst und Wissenschaft nicht zu vergessen — unterjochen die Frau so vollständig wie das Berufsleben den Mann. Sie stehen Minute auf Minute, welche den Kindern gehören müßte, sie menschen unmächtig die Fähigkeit und Neigung der Mutter, sich ihnen zu widmen. Das lästige, schmerzhaft ergebare allein bleibt noch mütterliche Leistung, weil es sich schlechterdings nicht gegen Lohn auf einen Mietling abwälzen läßt; die übrigen mütterlichen, die elterlichen Aufgaben werden bezahlten Fremden übertragen.

Die Familie geht ihrer wichtigsten sozialen Funktion verlustig: sie hört auf, eine Stätte des Schutzes und der Bildung für das heranwachsende Geschlecht zu sein. Es zerreiht eines der festesten und feinsten Bande zwischen Mann und Frau: das geistig-sittliche Verbundensein zu dem gemeinsamen Lebenswerk am eigenen Fleisch und Blut. Wie die Beziehungen zwischen den Eltern sich vielfach lediglich auf einem schönen Geld- und Geschäftsinteresse aufbauen, so werden auch die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern ihres idealen persönlichen Kerns beraubt und zu einem bloßen kalten Geschäftsverhältnis herabgewürdigt. Vater und Mutter erziehen nicht mehr die Kinder, sie tragen nur die materiellen Kosten für ihre Pflege und Erziehung, an Stelle der selbstverleugnenden, klugen und persönlichen Leistung ihrerseits tritt die gefühllose bare Zahlung. In den Augen der Kinder sinken die Eltern von der Verkörperung geduldiger, aufopfernder Liebe, überlegenen Wissens, nie versagender Fürsorge zu Geldgebern herab mit mehr oder minder großem Portemonnaie, mit mehr oder minder entwickelter Freigebigkeit. Beide stehen einander innerlich fremd gegenüber, das eine Geschlecht versteht schließlich die Sprache des anderen nicht mehr. Die konventionelle Lüge mag mit süß und zärtlich klingenden Worten das Grab der bürgerlichen Familie übertünchen, Tatsachen über Tatsachen lassen unter dem Firnis ihre Zerrüttung um so abstoßender in Erscheinung treten.

Wie erschütternd kennzeichnete nicht der Prozeß Dippold das äußerliche Verhältnis, die innere Entfremdung zwischen Eltern und Kindern! Durch Dienstboten und andere Dritte vernehmen Herr und Frau Koch das Echo der Schmerzensschreie, welche die bestialische Roheit eines geschlechtlich Entarteten ihren Knaben abfoltert. Sie verzichten darauf, sich selbst davon zu überzeugen, was und warum „ihr Kostbarstes“ leidet. Ein oberflächlicher Inspektionsbesuch anderer bei den Knaben und ihrem Erzieher, und das schlichtern erwachte elterliche Gewissen schläft sanft auf dem Kissen einiger beruhigender Sätze von dem „idealen“ Hauslehrer wieder ein. Ein Brief Dippolds an Frau Koch sucht die Prügelpädagogik mit dem Hinweis auf angebliche sittliche Verfehlungen der Knaben zu rechtfertigen. Und diese Mutter vermag nicht in schmerzlicher Empörung stolz zu antworten: „Sie müssen sich irren, mein Herr. Ich habe seit vierzehn Jahren das Leben meiner Kinder mitgelebt, ich kann meine Hand dafür ins Feuer legen, daß sie sittlich rein sind!“ Sie kennt ihr eigen Fleisch und Blut so oberflächlich, daß sie an seine Schuld glaubt auf die Bezeichnung eines Mannes hin, der noch gestern und ehegestern ihr und ihren Söhnen fremd war; in dessen Innenleben sie nie einen sorgsam forschenden, prüfenden Blick getan; für dessen Eignung zu dem höchsten Beruf — den Beruf, den weichen Ton des kindlichen Leibes und Geistes zur starken, schönen Persönlichkeit zu formen — sie papierene Empfehlungen, ein gewinnendes Auftreten und eine überströmende Wortfrömmigkeit als genügende Bürgschaft gelten läßt. Sie wähnt ihre Söhne besetzt, und aus dem gequälten Mutterherzen bricht kein

Schrei nach dem heiligen Recht, der hohen Pflicht, an dem leiblichen und sittlichen Gesundungsprozeß mitzuarbeiten! Dem Unbekannten allein vertraut sie die heikle Aufgabe an, muß sie sie anvertrauen. Sie selbst kennt ihre Kinder zu wenig, besitzt zu geringe Einsicht in die Bedingungen einer gesunden Entwicklung, als daß sie es auf Grund eines geschulten Mutterempfindens beanspruchen dürfte, ihrerseits den Strauchelnden eine liebevolle Hand zu reichen, die klarsichtiges Wissen und starker Wille lenkt. Und die Kinder dulden ihrerseits mörderische Mißhandlungen, schimpflichste Verhöhnung, ohne daß sich mit elementarer Wucht ihr Bewußtsein zum Willen verdichtet, an dem Herz der Eltern Verständnis, Schutz und — wenn nötig — Verzeihung suchen zu müssen.

Nicht etwa, als ob Herr Koch ein entmenschter Vater, seine Gattin eine fühllose Nabenmutter sei, deren Elternliebe und Eltern-gewissen tief unter dem bourgeois Durchschnitt stünden. Sicherlich, daß beide in ihrer Weise das Beste ihrer Söhne wollten und mit Zärtlichkeit an ihnen hingen. Das ist es ja gerade, was dem unsagbaren Martyrium der Kochschen Knaben seine soziale Bedeutung verleiht, was schwerste Anklage wider die kapitalistische Gesellschaft erhebt: die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern, welche der Prozeß Dippold zum Greifen plastisch aufzeigte, sind in der bürgerlichen Welt regelrechte Durchschnittsbeziehungen. Gewiß: nur ein grauer Zufall wird es fügen, daß der Verfall der heutigen Familie die Entscheidung über das Wohl und Wehe zarter, hoffnungsreicher Menschenknospen in die Hand eines Irrsinnigen legt. Unbestritten auch, daß unter bestimmten Umständen eine fremde erzieherische Kraft die kindliche Entwicklung segensreicher zu beeinflussen vermag, als das Wünschen und Können der Eltern. Aber trotz allem bleibt es entsetzliche Wirklichkeit, daß heute Tausende, Zehntausende Kleiner in ihrem Rechte auf Emporblihen in dem Sonnenlicht, der Wärme einer tiefgewurzelten, verständigen persönlichen Zuneigung betrogen werden; daß sie, herangewachsen, zeitlebens an der Beschränkung, der Armut und Fremdbestimmtheit ihres Wesens tragen müssen, weil das kapitalistische Regime unerläßliche Voraussetzungen des elterlichen Waltens zertrümmert.

Was unter seiner Herrschaft das Übermaß des Besitzes, der überquellende Reichtum bei den oberen Schichten der Bevölkerung bewirkt, das bedingt der Mangel an Besitz, die bittere Armut bei den breiten werktätigen Massen. Bei den einen züchtet der Kapitalismus den bachantischen Tänzer um das goldene Kalb, die herz- und hirnlose Puppe der großen Welt, bei den anderen das stumpfsinnige menschliche Lasttier; hier wie da knebelt und verkrüppelt er den Menschen, der fähig wäre, die verantwortungs- und gnadenreichen Pflichten der Elternschaft möglichst vollkommen zu erfüllen. Aber auch in dieser Beziehung ist der Arme noch schlimmer daran als der Reiche. Die kapitalistische Ausbeutung raubt ihn nicht bloß seinen Kindern, sie setzt ihn obendrein außerstande, ihnen für die entzogene oder mangelhafte elterliche Fürsorge Ersatz durch Personen oder Anstalten zu schaffen, wie ihn der Begüterte zu zahlen vermag. Ein sensationeller Ausnahmefall wird es bleiben, daß ein geschlechtlich entarteter Hauslehrer einen Bourgeoispröckling zutode prügelt. Ein banales Tagesereignis ist es dagegen, daß ein unbeaufsichtigtes proletarisches Kind tödlich verunglückt oder für immer Schaden an Leib und Seele leidet. Von dem herodianischen Kindermorden zu schweigen, dessen sich der Kapitalismus mittelbar durch die gewissenlose Ausbeutung der Eltern, unmittelbar durch die verbrecherische Ausbeutung des proletarischen Nachwuchses im frühen Alter schuldig macht.

Vor der ehernen Stimme der Wirklichkeit muß die plumpe, erbärmliche Lüge verstummen, daß die Sozialdemokratie die Familie zerstört und die Kinder durch eine Zuchtanstaltserziehung dem Verfall überantworten will. Die Sozialdemokratie konstatiert lediglich die Auflösung der heutigen Familienform und ihre wachsende Ohnmacht, die wichtigste soziale Aufgabe — die kulturwürdige Erziehung der Kinder — zu erfüllen. Sie beobachtet und unterstützt die geschichtlichen Kräfte, welche am Aufbau eines neuen, höheren Familienlebens arbeiten. Sie will alle Hindernisse wegräumen, welche sich in den sozialen Zuständen und im menschlichen Bewußtsein dem geschichtlichen Werdegang entgegenstellen, der die Möglichkeit für die beste Erziehung aller zum höchsten Wohle aller in seinem Schoße trägt. Sie kämpft für die Befreiung der Frau

und die Befreiung des Proletariats, auf daß allen Kindern freie, in ihrer Wesenheit voll erblühte Eltern zuteil werden, die als Zeugende und Erziehende befähigt sind, die Menschheit nicht bloß fortzupflanzen, sondern mit Rücksicht zu reden „hinaufzupflanzen“. Sie kämpft für die unerläßlich notwendigen gesellschaftlichen Erziehungsrichtungen, welche ergänzend neben die unentbehrliche Erziehung im Heim durch die Eltern treten müssen. Nicht die Sozialdemokratie, die kapitalistische Ordnung sät als Zerstörerin der Familie auf der Anklagebank.

Die Wurmkrankheit im Ruhrrevier.

Von Louise Bieh.

„Das Elend wächst riesengroß! Die Zahl der wurmerkrankten Ruhrbergleute übersteigt bereits die immens hohe Zahl von 50000. Die Untersuchung der Ärzte hat in der letzten Zeit auf allen für die Untersuchung neu in Angriff genommenen Schächten starke Prozentsätze der Belegschaften als wurmkrank, mindestens als „wurmbehaftet“ befunden. Daß 50 Prozent der Belegschaften als wurmkrank befunden werden, ist fast das mindeste. Es sind verschiedentlich 60, 70 bis zu 90 Prozent festgestellt worden. Die Krankenhäuser und eigens für die Wurmkranken errichteten Baracken sind überfüllt.“ So ungefähr schrieb vor einigen Wochen die „Bergarbeiterzeitung“, das Organ des deutschen Bergarbeiterverbandes. Neuerdings wird gemeldet, daß die Wurmkrankheit sich bereits auch im Heere gezeigt habe. In Bochum wurden mehrere Reservisten auf Grund ärztlicher Untersuchungen als wurmkrank befunden. In Mühlheim a. d. Ruhr liegt ein wurmkranker Soldat im Lazarett. Es ist also Tatsache geworden, daß die Wurmkrankheit nicht nur Leben und Gesundheit der Tausende von Bergleuten und ihrer Familien bedroht, sondern die Gesundheit des ganzen Volkes. Deswegen wir die Werkbesitzer und Bergbehörden an.

Ist denn das Ruhrrevier über Nacht von dieser Krankheit heimgesucht worden? O nein! Bereits im Jahre 1897 wies der Oberarzt des Allgemeinen Knappschaftsvereins in Bochum, Dr. Tenholt, in einer Abhandlung über den Gesundheitszustand der Bergleute im Bereiche des genannten Vereins darauf hin, daß seit 1885 auf den Zechen des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers vereinzelte, stellenweise aber auch zahlreiche Erkrankungsfälle an Wurmkrankheit vorgekommen seien. Im Jahre 1899 wurden 91 Bergleute als wurmkrank behandelt, 1902 aber bereits 1029. Die Stärke der Belegschaft (das heißt die Zahl der beschäftigten Bergleute) war ihrerseits ebenfalls beträchtlich gestiegen, nämlich von 198287 Personen im Jahre 1898 auf 245322 Personen im Jahre 1902.

Die Zunahme der Belegschaft bestand — und diese Tatsache ist sehr wichtig — vorwiegend aus ungarischen Arbeitern. Dem Hunger des Kapitals nach billiger Arbeitskraft war es geschuldet, daß Agenten nach Ungarn geschickt wurden, um in Gestalt von ungarischen Arbeitern Lohndrücker nach dem Ruhrrevier zu locken. Viele Tausende, ganze Kolonien! Die Leute schleppten die Wurmkrankheit ein. Ihrer Masseneinwanderung folgte die Masseninfektion der einheimischen Arbeiter auf dem Fuße, genau wie in früheren Jahren die Einzelerkrankungen die Folge der Einschleppung seitens einzelner ungarischer Arbeiter gewesen waren. Dr. Tenholt stellte das im Jahre 1896 in einem bestimmten Falle auf Zechen „Unser Fritz“ an einem Arbeiter fest, der von den Kohlenwerken in Brennbach (Ungarn) eingewandert war. Ärztliche Autoritäten hatten auf die Gefahr der Einschleppung rechtzeitig hingewiesen und gründliche Untersuchung der wurmverdächtigen Bergleute gefordert. Doch der Profit ward höher bewertet als die Gesundheit vieler Tausende von Volksgenossen.

Allerdings ist Österreich-Ungarn nicht die Heimat der Wurmkrankheit (Ankylostomiasis). Die wissenschaftliche Forschung hat festgestellt, daß dieselbe aus den Tropen nach Italien und Ungarn verschleppt worden ist und von dort zu uns kam. Der Wurm ist ein Schmaröcher nur des menschlichen Körpers (des Darms), wie Dr. Tenholt im Gegensatz zu anderen ärztlichen Autoritäten behauptet. Das Männchen hat eine Länge von 8 bis 10, das Weibchen eine solche von 10 bis 12 Millimeter. Nach vollzogener Befruchtung setzt das Weibchen unzählige Eier im Darms ab. In einem Kilogramm Kot fand Leichtenstern 39579 Eier; ein Kotteilchen von der Größe eines Stecknadelkopfes enthielt, wie Tenholt feststellte, über 100 Eier. Mit dem Kot gelangen die Eier ins Freie, wo sie an dunklen, feuchten Orten mit hoher Temperatur vorzüglich gedeihen und sich in wenigen Tagen zur Larve entwickeln. Durch das Verschlucken der Larve geschieht die Ansteckung. Professor Voos in Kairo behauptet, daß die Infizierung auch durch die Haut erfolge. Während seiner Experimente mit Reinkulturen der Ankylostomia-Larven sei ein Tropfen

dieser larvenhaltigen Flüssigkeit auf die Hand geraten und einige Zeit später stellte sich heraus, daß er angesteckt war. Dr. Goldmann stimmt sogar der Meinung zu, daß die Ansteckung mit der Wurmkrantheit durch die Luft geschehe. Sollten die letzteren Annahmen sich bestätigen, so wäre die Gefahr der rapiden Weiterverbreitung des furchtbaren Uebels noch gewaltig größer, als man bisher glaubte. Und doch ist schon heute, wo die Infektion durch Verschluckung der Larve bestimmt festgestellt ist, die Gefahr der Ansteckung für jeden Bergmann nicht nur täglich, sondern stündlich vorhanden. Verschluckte Eier sind ungefährlich, verschluckte Larven entwickeln sich dagegen im Darm in wenig Tagen zum geschlechtsreifem Wurm. Der Wurm beißt sich im Darm fest und saugt das Blut ab; es entstehen Darmblutungen. Das Vorhandensein des Wurmes erzeugt außerdem — wie Dr. Tenholt auf Grund seiner Forschungen feststellte — ein Stoffwechselgift (Toxina) welches mehr oder minder verhängnisvoll wird, je nach der Stärke der Infizierung und nach der größeren oder geringeren Widerstandsfähigkeit des Erkrankten. Blutarmut, zunehmende Mattigkeit, die zu vollständigem Siechtum und absoluter Arbeitsunfähigkeit sich steigert und schließlich den Tod herbeiführt, ist die Folge, wenn nicht energische Gegenmaßnahmen getroffen werden.

Die Mittel zur energischen und erfolgreichen Bekämpfung der entsetzlichen Krankheit hat Dr. Tenholt bereits in seinem Werke vom Jahre 1897 angegeben: „Gesundheitswesen im allgemeinen Knappschaftsverein in Bochum.“ Die Bergarbeiterzeitung und sozialdemokratische Tagesblätter haben damals sofort dies Werk und die darin gemachten Vorschläge besprochen und dringend deren Beachtung und Anwendung gefordert. Leider vergeblich. Die Profitwut der Bergwerksbesitzer hat das entsetzliche Unheil über die Bergleute und ihre Familien gebracht; die Profitwut der Bergwerksbesitzer und die Sorglosigkeit der Bergbehörde haben es verschuldet, daß die Krankheit die großen Dimensionen annehmen konnte, daß sie zu einer furchtbaren Geißel für die Bergleute und ihre Familie geworden ist, und daß heute noch nicht mit der nötigen Energie der Kampf gegen das Übel geführt wird.

Dr. Tenholt hatte in dem oben erwähnten Werke nachgewiesen, daß man neben Maßregeln zur Heilung der erkrankten Bergleute als vornehmstes Mittel zur Bekämpfung der Seuche und deren Weiterverbreitung die Abtötung der Wurmeier und die Verhinderung der Larvenverschluckung durchzusetzen habe. Er forderte zu diesem Zwecke die Aufstellung einer genügenden Anzahl ständig desinfizierter Abortklübel. Da die Verschleppung des Wurmes und seiner Eier nur durch die menschlichen Exkremente möglich ist, müßte jede Vermischung derselben mit dem Grubenschutt und Schlamm unmöglich gemacht werden, denn Staub und Schlamm werden überall hin getragen, so daß die Ansteckung geradezu unausweichlich wird. Die Durchführung der geforderten Maßnahmen sollte man für selbstverständlich halten, selbst in wurmfreien Zechen. Leider konnte der Bergarbeiterverband im Mai 1903 für eine Reihe von Zechen noch das Nichtbefolgen dieser und anderer sanitärer Maßregeln feststellen. Und dies, obgleich am 12. März 1900 die betreffenden Maßnahmen durch die Bergbehörde zum Zweck der Seuchenbekämpfung angeordnet worden sind. Zur Verrieselung der Gruben hatte Tenholt keimfreies Wasser, vermischt mit Kalkmilch oder anderen Desinfektionsmitteln verlangt. Statt dessen wird noch fortgesetzt das Sumpfwasser der Gruben benutzt, das zum Teil durch die Exkremente verseucht ist. Im Reichstag meinte der Handelsminister Müller, anlässlich der Besprechung der Resolution Sachsé (welche die Bekämpfung der Seuche von Reichs wegen forderte, eine Forderung für welche nur die Sozialdemokratie eintrat), daß man die Verrieselung der Gruben nicht so stark wie bisher vornehmen solle, da es festgestellt sei, daß die größere Feuchtigkeit die Entwicklung der Seuche fördere. Das letztere stimmt. Deshalb aber die Verrieselung einstellen oder auch nur vermindern, hieße den Teufel mit Pezzebub austreiben. Geschieht doch dieselbe, um den Kohlenstaubexplosionen vorzubeugen, die auf den verschiedensten Zechen ganze Felatomben an Menschenopfern gefordert haben. Stellt man die Verrieselung ein, so kann man wieder Massengräber für die Verunglückten öffnen. Durch Vermischung von Kalkmilch zu keimfreiem Verrieselungswasser würde man dahingegen zahllose Wurmeier unschädlich machen, also eine doppelte Wirkung zum Schutze der Bergarbeiter erzielen. Aber freilich, das kostet Geld! Und wie gemeingefährlich die Herren Grubenbarone geizen, wenn es sich um Aufwendungen im Interesse der ausgebeuteten Proletarier handelt, beweist unter anderem die folgende Tatsache. Man hat sich nicht einmal dazu aufschwingen können, infektionsfreies Trinkwasser und Badewasser für die Bergleute zu beschaffen, so daß die Ärmsten, die bei 20 bis 30 Grad arbeiten müssen, ihren quälenden Durst mit jauchigem, infiziertem Verrieselungswasser zu löschen gezwungen sind!

Im Wurmausschub hatte ein Werksherr noch die Stirn zu erklären: Nur wenn die Bergleute den Kater hätten, tränken sie Verrieselungswasser. Seht ihr, ihr Bergarbeiterfrauen, so behandelt man eure Männer, eure Söhne! Die geringsten Ausgaben, die gemacht werden müßten, um sie vor Krankheit, Siechtum und Tod zu bewahren, sind den Bergwerksherren zu viel. Was kümmert es sie, wenn Tausende der Euren im besten Mannesalter dahinstrecken. Es sind ja soviel „Hände“ da, sie zu ersetzen, wenn nur der Profit nicht geschmälert wird!

Nicht ohne Grund sträubten die Herren sich mit aller Kraft gegen die Anstellung von Arbeiterkontrolleuren in den Gruben, wie es die organisierten Bergleute seit langem und angesichts der rapid um sich greifenden Wurmkrantheit aufs neue mit größtem Nachdruck gefordert haben. Einmal läßt es ihr absolutes Herrengefühl, ihr Sklavenhalterstandpunkt nicht zu, auch noch so berechtigte und dringend notwendige Forderungen „ihrer Arbeiter“ zu erfüllen. Dann aber wissen die Herren sehr wohl, daß die Arbeiterkontrolleure nicht hinters Licht zu führen sind, wo es gilt, sanitäre Maßnahmen zu treffen, Arbeiterschuhvorschriften in die Wirklichkeit umzusetzen. Arbeiterkontrolleure melden sich nicht wochenlang vorher an, wenn sie kontrollieren wollen. Arbeiterkontrolleure kennen aus eigener Erfahrung die Gefahren, aber auch die Schliche und Wege der Zechenverwaltungen, die Anordnungen der Bergbehörde unausgeführt zu lassen. Zur erfolgreichen Bekämpfung der Wurmkrantheit wäre die Erfüllung der erhobenen Forderung eine der Hauptvorbereitungen. Ihre Erfüllung liefert erst die Gewähr, daß die angeordneten Maßnahmen sanitärer Natur auch ausgeführt werden. Im preussischen Landtag, dem die gesetzliche Regelung dieser Frage obliegt, ist bisher, infolge des elendesten aller Wahlgesehe, kein Arbeitervertreter zum Wort gekommen. Hoffen wir, daß die Wahlen zum Landtag in diesem Jahre auch darin eine Änderung bringen, oder vielmehr: hoffen wir es nicht nur, sondern arbeiten wir dafür mit aller Kraft und Begeisterung, die uns zu Gebote steht.

Ist im obigen gezeigt worden, wie wenig geschehen ist, und wie spät dies Wenige geschah, um der entsetzlichen Krankheit Einhalt zu gebieten, die durch Verschulden der Werkbesitzer eingeschleppt ward, so möchten wir im nachfolgenden zeigen, was geschieht zur Heilung der Wurmkranken. Am 13. Juli d. J. 1903 erließ das königliche Oberbergamt eine mit dem 1. August in Kraft tretende Verfügung, die in der Hauptsache folgendes besagt: Jeder Besitzer eines im Betrieb befindlichen Steinkohlenbergwerkes hat mindestens 20 Prozent der unterirdischen Belegschaft ärztlich mittels Mikroskops auf das Vorhandensein des Wurmes untersuchen zu lassen. Der mit dieser Untersuchung betraute Arzt ist sogleich dem Oberbergamt anzugeben, das Ergebnis der Untersuchung ist ihm binnen zwei Monaten mitzuteilen. Ein neuzubeschäftigender Arbeiter oder Beamter darf nicht früher eingestellt werden, als bis derselbe auf Grund eines zuverlässigen, nicht länger als zwei Wochen zurückliegenden ärztlichen Attestes nachweist, daß in seinem Stuhlgang Wurmeier nicht vorhanden sind. Wird dieser Arbeiter unter Tage beschäftigt, so muß in der sechsten Woche nach der ersten Untersuchung eine zweite mikroskopische Prüfung des Stuhlgesetzes stattfinden. Hat die Untersuchung festgestellt, daß ein Arbeiter mit dem Wurm behaftet ist, so darf der Betreffende unter Tage nicht beschäftigt werden. Diese strengeren Maßnahmen, die wohlgemerkt erst seit dem 1. August dieses Jahres in Kraft stehen, treffen mit aller Wucht nur den sowieso schon schwer geschädigten Bergmann und seine Familie. Das erhellt klar, wenn man die Verhältnisse bedenkt. Der Arbeiter wird untersucht, als wurmkran befunden und dem Krankenhaus zur Kur überwiesen, nach einer Verfügung des Oberbergamtes vom 1. April 1903. Die Kur dauert in der Regel sieben Tage. Bei Krankenhausbehandlung erhält die Familie nur die Hälfte des Krankengeldes ausbezahlt, und für die ersten drei Tage gibt es überhaupt kein Krankengeld. Je nach der Lohnklasse, in der sich der Kranke befindet, beträgt das volle Krankengeld 1,80 Mark bis höchstens 3 Mark den Tag. Während der siebentägigen Kur des Mannes erhält die Familie statt der 28 Mark, die der gesunde Mann in einer Woche verdiente, also nur 3,60 Mark bis höchstens 6 Mark. Damit soll sie leben! Durch eine Kur ist aber obendrein der Bergmann nur selten wieder hergestellt. Ist er auch von den Würmern befreit, so kann er doch noch Larven beherbergen, die den Abtreibungen gegenüber sich indifferent verhalten, sich jedoch nach wenigen Tagen zum Wurm entwickeln, oder es erfolgt eine neue Ansteckung.

Es gibt viele Bergleute, die vier, fünf, sechs und mehr Kuren durchmachen mußten. Man denke sich eine Familie, wo der Mann sich binnen wenigen Monaten vier Kuren unterziehen mußte. Dieselbe büßte einen Lohn ein von 112 Mark und erhält ein Krankengeld von 14,40 Mark. Also nicht genug, daß die Gesundheit der Bergleute durch die Infizierung schweren Schaden leidet, daß

sie infolge ihres geschwächten Organismus nicht mehr imstande sind, das frühere Quantum Arbeit zu leisten! Es kommt noch die materielle Schädigung während des Aufenthaltes im Krankenhaus dazu. Zudem greift die Kur den Organismus außerordentlich an. Genosse Qué schildert einen Bergmann, der nach sechs durchgemachten Abtreibungskuren sich ihm als geheilt vorstellte, mit folgenden Worten: „Der Mann, der in ziemlicher Körperverfassung ins Krankenhaus gegangen, ist zurückgekehrt mit furchtbar eingefallenen Wangen, gelbfahler Hautfarbe, mattblickenden Augen. Er ist unfähig gewesen, längere Zeit zu stehen und hat sich setzen müssen, um seine Erlebnisse zu schildern.“ Manche der in Behandlung befindlichen Kranken erblinden während der Kur, und die Zahl der Kuren mit tödlichem Ausgang sind ständig im Zunehmen. Sind aber die Kuren verhältnismäßig glücklich verlaufen, sind die ihnen Unterworfenen mit Leben und Augenlicht davongekommen, was dann?

Schon während der Kur des Kranken mußte die Familie daheim am Hungertuche nagen. Nach seiner Entlassung aus der Kur findet er zu Hause das nackte Elend, das ihm aus allen Ecken entgegenrinst, die Sorge, die auf der Schwelle hockt, der Hunger, der sich mit ihm zu Gaste setzt. Schon durch die Krankheit war sein Organismus geschwächt, durch die Kur ist er es noch mehr, und jetzt soll der Mann gar noch Hunger leiden, der ihn um so mehr peinigt, da er auch seine Lieben darben sieht. Zu dem materiellen Mangel und der Seelenqual gesellt sich noch für längere Zeit ein Zurückgehen der Leistungsfähigkeit des geschwächten und unterernährten Mannes. Er und seine Familie müssen dafür wiederum am Lohntage blühen. Auch die zweite Bestimmung des Oberbergamtes trifft den Bergmann ungemein hart, nämlich daß er, wenn er die Arbeitsstelle wechselt, ein zuverlässiges ärztliches Attest beizubringen habe. Als zuverlässig wird ein Attest angesehen, das bescheinigt, der Arzt habe an drei aufeinander folgenden Tagen den Kot des betreffenden Bergmanns untersucht und wurmfrei befunden. Diese Atteste muß der Bergmann auf seine eigenen Kosten sich ausstellen lassen. Ein Attest kostet ihm zwei bis fünf Mark. Mit Recht empfindet der Bergmann dies nicht nur als eine abermalige materielle Schädigung, sondern auch, da er oft das materielle Opfer nicht zu bringen imstande ist, als eine Beschränkung seiner Freizügigkeit und im weiteren Verfolg als eine Eskamotierung seines Koalitionsrechtes. Wer nicht imstande ist, sich das vorgeschriebene Attest zu lösen, ist damit an den Werkbetrieb gefesselt, wo er gerade schafft. Damit wird die wirtschaftliche Übermacht der Werksbesitzer gewaltig gestärkt. In wie rücksichtsloser Weise sie ihre Übermacht den Bergarbeitern zu kosten geben, davon wissen dieselben in den letzten Jahren manch trauriges Lied zu singen.

Als vor einigen Jahren die Werksbesitzer die Konsumenten dadurch schröpften, daß die Kohlen „Apothekerpreis“ hatten, schröpften sie gleichzeitig die Bergleute, indem sie die Förderung einschränkten und gewaltig die Löhne reduzierten. Die Entrüstungsschreie der Bergleute ob des ungerechtfertigten Wagennullens, wodurch ihnen ihr sauer verdienter Lohn außerdem ganz beträchtlich geschmälert wird, hallen fast in jeder Bergarbeiterversammlung wieder. Sollte diese Ausbeutung noch gesteigert werden, so würde sie unerträglich.

Es ist unseres Erachtens geradezu empörend, daß die Bergarbeiter und ihre Familien, die doch nicht schuld an der Einschleppung der Wurmkrankheit sind, die aus der Bekämpfung der Krankheit entstehenden Lasten tragen sollen. Die Werksbesitzer, welche die Schuld für die Einschleppung der Seuche trifft, müßten unbedingt haftpflichtig nach jeder Richtung hin gemacht werden. Sie sollten nicht nur die Untersuchung ihrer Belegschaft zu begleichen haben, sie sollten auch die Atteste bezahlen, sie sollten ferner den Arbeitern den Ausfall an Lohn während der Kur und der Rekonvaleszenz vergüten. Sie, und nicht die Knappschaftsstaffe, müßten die Kosten der Kur tragen. Daß jetzt eine Reihe von Zechen ihren kranken Arbeitern den Ausfall an Lohn vergüten, ist auf die Einsetzung einer Deputation des Bergarbeiterverbandes an die Werksbesitzer, an Oberbergamt und Regierung zurückzuführen, in welcher die Klagen und Wünsche der Bergarbeiter auch bezüglich der Wurmkrankheit und ihrer Bekämpfung niedergelegt sind. Hoffentlich folgen die übrigen Zechen bald nach. Wir finden diese Vergütung des Lohnausfalls, wie bereits bemerkt, ganz selbstverständlich. Es ist nur bedauerlich, daß dieselbe nicht schon früher erfolgt ist und nicht allgemein erfolgt.

Sämtliche Maßnahmen, zu denen man sich jetzt endlich bequemt hat, wurden von den Arbeitervertretern von vornherein gefordert, ihrer Energie und Initiative ist also zu danken, was jetzt geschieht. Trotzdem aber konnten es sich bürgerliche Blätter, unter ihnen das „Rheinisch-Westfälische Tageblatt“, nicht verkneifen, von Verheerung seitens der Sozialdemokratie zu faseln und den Bergleuten weiß zu machen, im bürgerlichen Lager sei ihr Interesse besser gewahrt, als bei den „roten Brüdern“. Diese „roten Brüder“ aber haben sich einzig und allein der Bergleute und ihrer Interessen angenommen.

Ihr Frauen und Töchter der Bergarbeiter, wie sehr ihr interessiert seid an der Arbeiterbewegung, das erkennt an dem Beispiel der Wurmkrankheit mit ihren entsetzlichen Folgen, an den Maßnahmen der Bergbehörden und Werksbesitzer, oder richtiger, an den so lange unterlassenen wirksamen Maßnahmen, die von den „roten Brüdern“ von Anfang an laut und eindringlich gefordert wurden. Nur durch das mutige, unerschrockene Eintreten der Männer in der Arbeiter-

Mumu, das Hündchen des Taubstummen.

Erzählung von I. S. Turgenjew.

Aus dem Russischen überseht von I. A. Hauff.

(Fortsetzung.)

Stepan trug sie in den Salon und stellte sie auf das Parkett. Die Herrin rief sie freundlich zu sich. Mumu, welche noch niemals so prachtvolle Gemächer gesehen hatte, war sehr erschrocken und lief der Türe zu, aber der diensteifrige Stepan stieß sie zurück, worauf sie sich zitternd an die Wand drückte.

„Mumu! Mumu! Komm doch zu mir“, sagte die Herrin. „Komm doch, Dummköpfchen, fürchte dich nicht.“

„Geh, Mumu, geh zur Herrin“, wiederholten die Freundinnen. Aber Mumu blickte sich betrübt ringsum und rührte sich nicht von der Stelle.

„Bringt ihr etwas zu essen“, sagte die Herrin. „Wie dumm sie ist. Warum fürchtet sie sich denn?“

„Sie ist noch nicht gewöhnt . . . bemerkte schüchtern eine der Freundinnen.“

Stepan brachte ein Gefäß mit Milch und stellte es vor Mumu. Aber Mumu berührte nicht einmal die Milch und blickte sich wie zuvor kläglich um.

„Ach, du!“ murmelte die Herrin, ging auf Mumu zu, bückte sich herab und wollte sie streicheln. Aber Mumu drehte hastig den Kopf und zeigte die Zähne. Erschrocken zog die Dame die Hand zurück.

Schweigen trat ein. Mumu winselte leise, als wollte sie sich beklagen und entschuldigen. Die Miene der Herrin verfinsterte sich.

„Ach! Ach!“ riefen alle Freundinnen zugleich, „hat Mumu Sie etwa gar gebissen. Ach!“ Mumu hatte ihr Leben lang niemals jemand gebissen.

„Bringt sie fort!“ rief die Alte mit veränderter Stimme. „Widerliches Tier, wie böshaft es ist!“

Langsam wandte sie sich um und ging nach ihrem Kabinett. Die Gesellschafterinnen sahen sich schüchtern an und wollten ihr folgen, aber sie blieb stehen, sah sie kalt an und sagte: „Wozu? Ich habe euch nicht gerufen.“ Darauf verließ sie das Zimmer.

Stepan ergriff Mumu und warf sie zur Türe hinaus, gerade vor Gerasims Füße. Eine halbe Stunde darauf herrschte tiefe Stille im Hause und die alte Dame saß auf ihrem Divan, finsterner als eine Gewitterwolke.

Welche Nichtigkeiten können zuweilen einen Menschen aus dem Gleichgewicht bringen!

Bis zum Abend war die Herrin schlechter Laune, sprach mit niemand, spielte nicht Karten und hatte eine schlechte Nacht. Sie bildete sich ein, man habe ihr anderes kölnisches Wasser gebracht als gewöhnlich und ihr Kissen rieche nach Seife. Sie ließ die Kastellanin alles Weißzeug beriechen und war überhaupt schauderhafter Laune. Am anderen Morgen ließ sie Sawrila eine Stunde früher als gewöhnlich rufen.

„Sage einmal“, begann sie, sobald Sawrila nicht ohne einige Beklemmungen auf der Schwelle des Kabinetts erschien, „was ist das für ein Hund, der die ganze Nacht bei uns auf dem Hofe heulte und mich nicht schlafen ließ?“

„Ein Hund? . . . Was für ein Hund? Vielleicht der des Stummen“, brachte er mit unsicherer Stimme hervor.

„Ich weiß nicht, ob es der des Stummen war oder ein anderer, aber er ließ mich nicht schlafen. Ich wundere mich, wozu diese Menge Hunde da sind? Das möchte ich wissen. Wir haben ja einen Hofhund?“

„Ja, versteht sich, Woltshof.“

„Nun also, wozu noch mehr Hunde? Sie stießen nur Unordnung. Es ist keine Aufsicht im Hause — das ist's. Und wozu

bewegung ist eure Not gelindert worden, geschieht jetzt endlich Durchgreifenderes zum Schutze für Leben und Gesundheit eurer Männer und Söhne. Die Werkbesitzer sahen ruhig zu, wenn der Vater eurer Kinder, der Ernährer eurer Familie, wenn der Sohn, die Freude eures Lebens, die Stütze eures Alters, unter der entsetzlichen Seuche dahin siechten, wenn sie bei der Kur erblindeten oder infolge zu später ärztlicher Behandlung vom Würgengel Tod dahingerafft wurden. Sie sahen ruhig zu, wenn eure Familien verarmten, verelendeten, degenerierten. Sie schreckten schließlich vor den Mitteln zur Eindämmung der Seuche zurück. Ihr habt mit euren Familien bisher fast allein die Opfer an Gesundheit und Lebensfreude, an Gut und Blut zu tragen gehabt. Gehörten alle Bergleute dem Verbande an, wieviel wichtiger würden dessen Anlagen sein, mit wieviel mehr Nachdruck und Erfolge könnte er die Forderungen zu euren Gunsten vertreten, und wieviel früher wäre er gehört worden zu eurem Nutzen, eurem Vorteil! Wäret ihr und eure Familienmitglieder alle Sozialdemokraten, agitiertet ihr mit Begeisterung und Ausdauer für die sozialdemokratischen Ideen, dafür, daß unser Einfluß im Reichs- und Landesparlament vergrößert werde, so könnten um so schneller, um so gründlicher Maßnahmen zum Schutze für Leben und Gesundheit eurer Lieben durchgeführt werden. Die Erregung, ja die Empörung ob all des Kummers, all des Leids, all der Entbehrungen, von denen ihr infolge der entsetzlichen Seuche heimgesucht seid, laßt sie sich umsehen in die lebhafteste, begeisterte Beteiligung an der Arbeiterbewegung. Je stärker dieselbe wird, desto mehr findet ihr Schutz an derselben gegen alles Unrecht, alle Ausbeutung.

Zur Frage der Erstattung von Invalidenversicherungsbeiträgen im Falle der Eheschließung.

Nach § 42 des Invalidenversicherungsgesetzes steht weiblichen Personen, welche eine Ehe eingehen, bevor ihnen eine rentenbedingende Entscheidung zugestellt ist, Anspruch auf die Hälfte der geleisteten Beiträge zu, wenn sie mindestens 200 Wochenbeiträge entrichtet und den Antrag auf Erstattung der Beiträge vor Ablauf eines Jahres nach der Verheiratung gestellt haben.

Von dieser Einrichtung wird auch sehr häufig Gebrauch gemacht, dies jedoch nicht immer zum Nutzen der Versicherten, weil nach der Rückerstattung der Beiträge die Anwartschaft auf Unterstützung und Rente erlischt. Diejenigen Versicherten, die ihre Beiträge von der Versicherungsanstalt zurückerstattet erhalten haben, gehen also jeden Anrechtes auf die Vorteile des Gesetzes verlustig.

Schon in der Kommission, die der Reichstag zur Vorberatung des Invalidenversicherungsgesetzes einsetzte, wurde angeregt, die Erstattung von Beiträgen im Falle der Verheiratung ganz zu beseitigen. Die Kommission ging jedoch auf die Anregungen nicht ein, sondern beschloß die Beibehaltung des § 42 in der Erwägung, daß es als eine Ungerechtigkeitserscheinung für weibliche Personen, welche voraussichtlich eine nicht unbedeutende Reihe von Jahren hatten Beiträge entrichten müssen, diese Beiträge ohne allen Nutzen für die Versicherten zu lassen, wenn dieselben eine Ehe eingehen. Auch werde es von Wert für diese weiblichen Personen sein, bei ihrer Verheiratung eine, wenn auch unbedeutende Summe baren Geldes zu erhalten und in die Ehe mit einzubringen. Diese Auffassung hat gewiß etwas für sich, und es kann daher auch gar nichts schaden, daß der § 42 wieder in das Gesetz aufgenommen wurde. Niemand hat ja die Verpflichtung, von der Forderung der Erstattung der Beiträge Gebrauch zu machen, sondern es bleibt jeder Arbeiterin unbenommen, die Versicherung nach § 14 des Invalidenversicherungsgesetzes freiwillig fortzusetzen. Der § 14 des Invalidenversicherungsgesetzes gestattet Personen, die aus einem versicherungspflichtigen Verhältnis ausscheiden, die Weiter- oder Selbstversicherung in jeder beliebigen Lohnklasse, bei einer jährlichen Entrichtung von mindestens 10 Beiträgen. Er schafft ihnen dadurch die Gewähr, im Falle eintretender Invalidität oder längerer Krankheit Invaliden- oder Krankenrente zu erhalten. Die Beiträge können also auch in der niedrigsten Beitragsklasse zu 14 Pfennig entrichtet werden, so daß der gesamte Jahresbeitrag von 1,40 Mark zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft genügt. Diese Möglichkeit zur Weiterführung der Versicherung sollte von den Arbeiterinnen, die sich verheiraten, recht fleißig ausgenutzt werden.

In der Regel werden die Beitragserstattungen zwischen 15 und 50 Mark betragen, in den meisten Fällen dürften sie 20 bis 25 Mark nicht überschreiten. Gewiß kann nicht verkannt werden, daß ein Beitrag von 20 oder 25 Mark in einem Arbeiterhaushalt eine gewichtige Rolle spielt, aber die aufgegebenen Versicherungsvorteile aufzuwiegen ist die Summe auch nicht annähernd imstande. Der Betrag von 50 Mark, der im höchsten Falle zurzeit zurückerstattet werden kann, und ebenso der Jahresbeitrag, der zur Weiterversicherung entrichtet werden muß, stehen zu den zu erwartenden Leistungen der Versicherung in keinem Verhältnis. Die Invalidenrente, die nach Entrichtung von 200 Wochenbeiträgen gewährt wird, beträgt im niedrigsten Falle 116 Mark. Sie wird aber in jedem Falle mehr betragen, weil nicht alle weiblichen Personen in der niedrigsten Beitragsklasse versichert sind und fast alle Versicherten, die Anspruch auf die In-

braucht der Stumme einen Hund? Wer hat ihm erlaubt, hier auf dem Hofe einen Hund zu halten? Gestern, wie ich ans Fenster ging, da lag das Tier im Vorgärtchen, hatte irgend etwas Schmutziges herbeigeschleppt und nagte daran. Und ich habe dort Rosen pflanzen lassen..."

Die Herrin schwieg.

"Daß er heute abend nicht mehr hier ist! Hörst du?"

"Ich höre, gnädige Frau."

"Noch heute! Und jetzt gehe. Zum Bericht werde ich dich später rufen lassen."

Gawrila ging.

Während er durch den Saal ging, stellte er der Ordnung wegen eine Glocke von einem Tische auf einen anderen, schraubte verstoßen seine Entennase und ging ins Vorzimmer hinaus. Dort schlief Stepan auf einer Bank in der Lage eines gefallenen Kriegers auf einem Schlachtgemälde und streckte die nackten Füße unter seinem Rocke hervor, der ihm als Decke diente. Der Haushofmeister stieß ihn an und gab ihm halblaut einen Befehl, auf welchen Stepan halb gähmend, halb lachend antwortete. Der Haushofmeister entfernte sich. Stepan sprang auf, zog seinen Kasten und Stiefel an, ging hinaus und blieb auf der Vortreppe stehen.

Nach kaum fünf Minuten erschien Gerassim mit einer mächtigen Tracht Holz auf dem Rücken in Begleitung der von ihm unzertrennlichen Mumu. Die Herrin ließ ihr Schlafzimmer und Kabinett auch im Sommer heizen. Gerassim stand seitwärts vor der Türe, stieß sie mit der Schulter auf und schob sich ins Haus hinein mit seiner Last. Mumu blieb gewöhnlich zurück, um ihn zu erwarten. Stepan lauerte auf einen günstigen Augenblick, stürzte sich plötzlich auf Mumu wie ein Geier auf ein Hühnchen, drückte sie mit der Brust auf den Fußboden, umfaßte sie mit beiden Armen und lief mit ihr hinaus, ohne die Mühe aufzusetzen. Auf der Straße stieg er in eine Droschke und fuhr auf einen Trödel-

markt. Bald fand er einen Käufer, dem er Mumu für einen halben Rubel überließ unter der Bedingung, daß er sie wenigstens eine Woche lang an der Leine halte. Dann kehrte er nach Hause zurück, stieg aber schon in einiger Entfernung vom Hause aus, bog in ein Nebengäßchen ein und stieg dort über den Zaun in den Hof. Er wagte nicht, durch die Pforte zu gehen, um nicht Gerassim zu begegnen.

Seine Vorsicht war jedoch überflüssig, denn Gerassim war nicht mehr auf dem Hofe. Als er wieder aus dem Hause kam, vermischte er sogleich Mumu. Es war noch nie vorgekommen, daß sie jemals seine Rückkehr nicht abgewartet hätte. Er lief nach allen Richtungen, suchte und rief seine Mumu auf seine Weise, lief in seine Kammer und auf den Heboden, dann wieder auf die Straße hinaus. Sie war verloren! Er fragte die Leute mit den verzweifeltsten Zeichen nach ihr, beschrieb sie mit den Händen. Manche wußten wirklich nicht, wohin Mumu geraten war und schüttelten nur den Kopf, andere wußten es und lachten ihm ins Gesicht. Der Haushofmeister nahm ein sehr wichtiges Wesen an und begann die Kutscher anzuschreiben. Dann lief Gerassim vom Hofe fort.

Es dämmerte bereits, als er zurückkehrte. Nach seinem erschöpften Aussehen, seinem unsicheren Gange, seinen bestaubten Kleidern zu schließen, mußte er halb Moskau durchwandert haben. Vor den Fenstern der Herrin blieb er stehen, warf einen Blick nach der Vortreppe, auf welcher sich etwa sieben Leute der Dienerschaft drängten und brüllte noch einmal: "Mumu!"

Aber Mumu antwortete nicht. Er ging fort. Alle sahen ihm nach, aber niemand lachte, niemand sprach ein Wort... der neugierige Stallknecht Antipka erzählte am anderen Morgen in der Küche, der Stumme habe die ganze Nacht geschöhnt. (Fortsetzung folgt.)

validenrente machen, mehr als 200 Beiträge geleistet haben. Von derselben Bedeutung aber, als die Gewährung der Invalidenrente, ist die Weiterführung der Heilbehandlung nach § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes. Der § 18 gibt den Versicherungsanstalten die Befugnis, bei Versicherten, die dergestalt erkrankt sind, daß als Folge der Krankheit Erwerbsunfähigkeit zu besorgen ist, welche einen Anspruch auf reichsgesetzliche Invalidenrente begründet, zur Abwendung dieses Nachteils ein Heilverfahren in dem ihr geeignet erscheinenden Umfange eintreten zu lassen. Die Versicherungsanstalten machen von dieser Befugnis auch ausgiebigen Gebrauch. Durch die Fortführung des Heilungsprozesses wurde schon mancher Familie der Vater und vielen Kindern die Mutter erhalten. Die Frau kann sehr leicht in die Lage kommen, daß der Bezug der Kranken- oder auch der Invalidenrente von großer Bedeutung für sie ist. Durch eine schwere Erkrankung, durch ein Wochenbett, durch einen nicht versicherungspflichtigen Unfall kann ihre Erwerbsfähigkeit auf mehr als zwei Drittel herabgesetzt werden, durch längeres Krankenlager können die Privatkrankenlastenunterstützungen zu Ende gehen, so daß die Erkrankte jeder Hilfe ermangeln würde. Die Fortführung des Heilungsprozesses aber ist um so höher für die Proletarierinnen anzuschlagen, als es den Bevölkerungskreisen, welche bei der Erstattung von Beiträgen in Betracht kommen, immer schwerer fallen dürfte, die Kosten für ein längeres Krankenlager und ein langwieriges Heilverfahren zu tragen. Viele Familien können durch die Weiterversicherung der Frau vor der schlimmsten Verarmung geschützt und vor Entrechtungen bewahrt werden, wie sie der Bezug der Armenunterstützung mit sich bringt.

Nach den neuesten Rechnungsergebnissen der Versicherungsanstalten wurden im Jahre 1901 nicht weniger als 158111 Anwartschaften auf die Vorteile der Invaliditätsversicherung wegen Heirat aufgegeben. Die Rückerstattungen von Beiträgen in diesem Jahre stellten sich auf 5209167,52 Mark, sie machten also im Durchschnitt 32,95 Mark pro Fall aus. Seit Beginn der Erstattungen (1895) wurden insgesamt 742399 Anwartschaften infolge Verheiratung aufgegeben. Da durch die Aufgabe der Anwartschaft die Versicherten mehr Nachteile als Vorteile haben, sollte nicht veräußert werden, bei jeder Gelegenheit auf die Zulässigkeit der Weiterversicherung und ihren Nutzen aufmerksam zu machen. Die Versicherungsanstalten müßten allen denen, welche die Rückerstattung der Beiträge beantragen, ein aufklärendes Schriftchen zustellen, in welchem die Nachteile der Aufgabe der Anwartschaft und die Vorteile, sowie die Bedingungen der Weiterversicherung klar vor Augen geführt werden. Arbeiterinnen aber, die nach ihrer Verheiratung in kein versicherungspflichtiges Verhältnis mehr zu treten gedenken, haben die Pflicht, vor der Stellung des Antrages auf Erstattung der Beiträge genau die Vor- und Nachteile ihres Schrittes zu erwägen; das fordert ihr eigener Nutzen und das Wohl ihrer Familie. H. Sch.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Um Protest zu erheben gegen das System des Militarismus, insbesondere gegen die scheußlichen Soldatenmißhandlungen, die in der letzten Zeit nicht nur eine ständige Rubrik in den Tagesblättern bilden, vielmehr oft die halbe Zeitung füllen und an Brutalität alles frühere übertreffen: fanden Ende September drei gut besuchte Frauenversammlungen in Hamburg statt. Genosse Düwelle-Dortmund hatte in allen dreien das Referat übernommen. Der Redner kritisierte scharf das ganze System des Militarismus, der heute nicht in erster Linie ein Mittel zur Verteidigung des Vaterlandes, vielmehr ein Institut zur Belämpfung und Unterdrückung der arbeitenden Klassen sei; ein Mittel, das durch die Unsummen, die es verschlinge, die Völker dem wirtschaftlichen Ruin entgegenreibe. Da die Parole nicht gelte gegen den äußeren, sondern in erster Linie gegen den inneren Feind, so sei im Heer nicht persönliche Tüchtigkeit und Mannesmut das erstrebenswerteste, wohl aber der Drill und die Erziehung zum Kadavergehorsam, die Vergrößerung des feindlichen Gegensatzes zwischen Heer und Volk. Der Militarismus schaffe eine Kluft zwischen den simplen Zivilpersonen und den Trägern des „vornehmsten Rockes“, von denen die höher Chargierten eine besondere Standesehre für sich in Anspruch nehmen, deren Verletzung nur mit Blut repariert werden kann. Mit zwingender Logik wies Genosse Düwelle nach, daß so im Heer der Boden bereitet werde für die Taten eines Brüsenwiz, Lüd, Hüßener usw., sowie für die Scheußlichkeiten und Brutalitäten der ganzen Legion Soldatensinder, von denen er eine stattliche Reihe Revue passieren ließ. In lichtvoller Weise zeigte er, wie jaß die Frauen alle Ursache hätten, dieser Frage ein besonderes Interesse entgegenzubringen. Sie, die unter Schmerzen den Knaben geboren, ihn unter Sorgen großgezogen hätten, sie die aufjauchzten, wenn nach qualvollen Nachtwachen am

Krankenbett das Kind endlich der Gefahr entronnen sei, sie könnten nicht gleichgültig bleiben, wenn sie den erwachsenen Sohn dem nimmer-sattlen Moloch opfern müssen. Männer und Frauen hätten die Pflicht, zusammenzustehen im Kampfe gegen das System des Militarismus. Wenn in nächster Zeit wiederum Neuforderungen für Heer und Marine erhoben würden, so müsse unsere Antwort sein: diesem System keinen Mann und keinen Groschen, nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr und Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit. (Lebhafter Beifall.) In St. Georg entspann sich im Anschluß an das Referat eine lebhaftere Diskussion. Herr Elf, ein gewesener Unteroffizier, brach eine Lanze für seine früheren Standesgenossen, die, wie er meinte, nicht die Schuld an den Soldatenmißhandlungen trügen. Die Unteroffiziere würden ihrerseits getrieben und getriezt, daß alles wie am Schnürchen gehe, und wolle einer da nicht seine ganze Karriere aufs Spiel setzen, so müsse er schon mitmachen, und dabei seien dann Verfehlungen sehr leicht möglich. Ein anderer gewesener Soldat maß viel Schuld an den Mißhandlungen den „alten“ Leuten, bei welche die Rekruten lujonierten. Dem Referenten war es natürlich ein leichtes, beiden Rednern nachzuweisen, daß sie so scharf, wie es irgend jemand gekonnt, das System des Militarismus verurteilt hätten, allerdings ohne sich dessen bewußt zu sein. In den drei Versammlungen wurden den sozialdemokratischen Vereinen Mitglieder, der Arbeiterpresse Abonnenten gewonnen. L. Z.

Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen des Wahlkreises Dresden-Land. Als nach der Münchener Frauenkonferenz die weibliche Vertrauensperson für die drei Dresdener Wahlkreise ihr Amt niederrlegte, waren nur schwache Ansätze zu einer planmäßig betriebenen, ziellaren Arbeit der Genossinnen vorhanden. Wohl zählte die Partei in den drei Kreisen annähernd 250 weibliche Mitglieder. Aber die meisten derselben ließen es bei dem Mitgliedersein bewenden und standen dem Leben und Wirken der Parteiorganisation lau und flau gegenüber. In der Hauptsache war es nur der alte Stamm bewährter Genossinnen, der tätigen Anteil an der sozialdemokratischen Bewegung nahm. In einer Zusammenkunft wurden sich die Genossinnen der drei Kreise klar, daß das anders werden müsse, sie verständigten sich des weiteren über die zu diesem Behufe einzuschlagenden Wege. In der Folge wurde ich beauftragt, mit einem Schreiben an die Vorstände der drei sozialdemokratischen Wahlkreisevereine heranzutreten und ihnen die Notwendigkeit nachzuweisen, für jeden der drei Dresdener Bezirke eine eigene weibliche Vertrauensperson aufzustellen. Tatsächlich war es bei der Ausdehnung der drei Kreise ausgeschlossen, daß eine einzige Vertrauensperson allen Anforderungen und Aufgaben ihres Amtes in zufriedenstellender Weise genügen konnte. Die Genossinnen erklärten denn auch ihre Zustimmung zu der Neuerung. Für den vierten sächsischen Wahlkreis wurde Genossin Lungwitz, für den fünften Genossin Petermann, für den sechsten die Unterzeichnete als Vertrauensperson gewählt. Meine Wahl als Vertrauensperson erfolgte in der Generalversammlung der Partei, und ich erhielt die gleichen Pflichten und Rechte, wie der Vertrauensmann der Genossen. Dadurch wurde eine ganz wesentliche Verbesserung in der Stellung und für die Tätigkeit der weiblichen Vertrauensperson geschaffen. Sie hat Sitz und Stimme im Vorstand, steht nun in stetem, regelrechten Verkehr mit diesem und kann alle Maßregeln, die der Förderung der proletarischen Frauenbewegung dienen, mit ihm beraten. Meine Hauptaufgabe als Vertrauensperson des sechsten Wahlkreises bestand darin, die Genossinnen desselben kennen zu lernen, mit ihnen in persönlichen Verkehr zu treten und mir dadurch Mitarbeiterinnen für die agitatorische und organisatorische Kleinarbeit heranzuziehen. Nicht minder galt es, das Interesse größerer Frauenmassen für das politische Leben und den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu wecken und sie allmählich zum klaren Bewußtsein der Pflichten in diesem zu schulen. Die Lösung dieser Aufgaben ist mit einer besonderen Schwierigkeit verbunden. Der sechste Wahlkreis ist sehr ausgedehnt und schließt zirka 225 Ortschaften in sich. Immerhin war es mir möglich, im ersten Jahre meiner Tätigkeit gegen 70 Besprechungen mit den Genossinnen abzuhalten. Sie haben sich als recht anregend und fruchtbar erwiesen, wie sich hervorheben werden, daß die Genossinnen die Besprechungen tatkräftig gefördert haben. Um unsere Bewegung zu unterstützen und in weitere Kreise zu tragen, veranstalteten sie auch eine Reihe öffentlicher Frauenversammlungen, in denen die Genossinnen Braun, Zetlin und die Unterzeichnete referierten. Die Volksversammlungen, welche während der Wahlkampagne stattfanden, wurden ebenfalls der Aufklärung der Frauen dienstbar gemacht, die ihnen fast überall in sehr großer Anzahl beiwohnten. Mit Genugtuung kann festgestellt werden, daß die entfaltete Tätigkeit nicht vergeblich gewesen ist. Die Genossinnen arbeiten mit größter Freude in der allgemeinen Bewegung

mit, sie lassen sich eifrig angelegen sein, ihre noch im Schlafe befangenen Schwestern aufzuwecken und ihnen Aufklärung zu bringen. Wie ernst sie es mit ihrer Parteizugehörigkeit nehmen, beweist die Rührigkeit und Begeisterung, mit welcher sie im Wahlkampfe die Kleinarbeit verschiedenster Art verrichteten. Mit Flugblättern, Broschüren, Stimmzetteln eilten sie unverdrossen treppauf, treppab; sie suchten indifferente Wähler aufzurütteln und zum richtigen Gebrauch ihres Stimmrechts zu veranlassen; sie trugen zur Füllung der „Kriegskasse“ bei usw. Wenn man das, was sie geleistet haben, nach Verdienst schätzen will, so muß man sich vergegenwärtigen, daß die meisten unserer hiesigen tätigen Parteigenossinnen dem Erwerb nachgehen müssen, und daß keine perfekte Köchin, kein schmuckes Zimmermädchen ihnen die Verrichtungen des Haushalts abnimmt. Natürlich konnte die lebendige Anteilnahme der Genossinnen an der Bewegung und am Wahlkampfe in besonderem nicht erzielt werden, ohne daß eine sehr umfangreiche Korrespondenz geführt wurde. Hundert Briefe und Karten sind aus- und eingegangen. Neben den Besprechungen und Versammlungen hat die „Gleichheit“ die Belehrung und Schulung der Genossinnen gefördert. Es ist eine sehr begrüßenswerte Maßnahme (sie sei zur Nachahmung empfohlen!), daß die sozialdemokratischen Wahlvereine ihren weiblichen Mitgliedern die „Gleichheit“ gratis liefern. Sie tragen damit nicht nur zur besseren Durchbildung der Genossinnen bei, sondern haben ein Band geschaffen, das diese untereinander und mit der allgemeinen Bewegung verknüpft. Der Fortschritt unserer Frauenbewegung auf politischem Gebiete kommt in der Zahl der weiblichen Mitglieder des Wahlvereins zum Ausdruck. Von 128 im Vorjahr ist sie auf 230, also um gut 100 gestiegen. Was die gewerkschaftliche Arbeit anbelangt, so habe ich sie ebenfalls nach besten Kräften zu fördern gesucht. Ich regte öffentliche und Werkstubenversammlungen an, welche die Arbeiterinnen ihrer Organisation zuführen, sie zu treuen und tätigen Mitgliedern derselben machen sollten; in Versammlungen der einen und anderen Art übernahm ich — wenn es nötig war — das Referat, im Verein mit den Genossinnen ward gewerkschaftliche Kleinarbeit geleistet, wie Flugblätter austragen, Handzettel verteilen usw. Auch auf gewerkschaftlichem Gebiete haben wir Hand in Hand mit den Männern gearbeitet und bei ihnen Verständnis und Unterstützung gefunden. Wenn, wie ich bestimmt hoffe, das gute Einvernehmen zwischen den Genossinnen und Genossen weiter besteht und beide wie im ersten Jahre einträchtig und einsichtsvoll zusammenarbeiten, so wird sich in unserem Wahlkreise die proletarische Frauenbewegung rasch und kräftig entwickeln und ihre politischen wie gewerkschaftlichen Aufgaben immer besser erfüllen. Daß ein solches Zusammenarbeiten die Tätigkeit der Vertrauensperson der Genossinnen erleichtert und wirksamer gestaltet, liegt auf der Hand. Ich darf deshalb wohl im Namen aller Genossinnen des Kreises den Wunsch aussprechen, daß das gute Einvernehmen gewahrt bleibt, so daß wir auch in Zukunft in treuer Ideen- und Arbeitsgemeinschaft mit den Genossen unsere Pflichten erfüllen können. Zum Schluß noch ein Wort an die Genossinnen des Kreises, die so tapfer und selbstlos in unserer Bewegung mitgearbeitet haben, die ihr gut Teil Verdienst an all den errungenen Fortschritten beanspruchen dürfen. Es ist ein schweres Werk, das wir zusammen unternommen haben. Es fordert glühende Liebe zur großen, heiligen Sache des Proletariats, höchsten Opfermut und ausharrende Geduld. Ausharrende Geduld gegenüber den vielen Schwierigkeiten, die sich unserer Wirksamkeit entgegenentgegenwärtigen, gegenüber auch den Genossinnen und Genossen, mit denen uns das gemeinsame Ziel, die gemeinsame Arbeit verbindet. Wie leicht, wie oft fällt nicht ein hartes Wort, das die Unbedachtsamkeit, die Unwissenheit und nicht der böse Wille auf die Lippen legte. Da heißt es gegenseitig Nachsicht üben, sich redlich bemühen, einander verstehen zu wollen und unbekümmert um Lob und Tadel der Stimme in der eigenen Brust getreu die erkannte Pflicht erfüllen. Ein neues Jahr der Arbeit beginnt für uns. Wenn die Genossinnen mit der alten, begeisterten Ueberzeugungstreue, mit neuem, hoffnungsvollem Mute und neugefärbter Kraft ans Werk gehen, so wird die sozialdemokratische Organisation unseres Wahlkreises bald mehr als 300 weibliche Mitglieder zählen. Bieten wir all unsere Kräfte auf, damit unsere Stimme zum Herzen der vielen Tausende proletarischer Frauen klingt, deren Ohr heute noch für die frohe Botschaft von der Befreiung des Proletariats durch das Proletariat verschlossen ist. Vorwärts, zu neuer Arbeit!

Marie Backwich.

Genossin Klara Heinrich †. In noch jugendlichem Alter ist eine treue Kämpferin für die Befreiung der Arbeiterklasse, die Befreiung des weiblichen Geschlechts gestorben. Erst 28 Jahre alt, wurde Genossin Klara Heinrich in Hartha im Wochenbett durch Herzverweiterung und Bauchfellentzündung dahingerafft. An ihrem Grabe trauern mit dem Gatten und vier Kindern im Alter von drei bis neun Jahren zahlreiche Genossinnen und Genossen, die mit ihr

durch persönliche Freundschaft und gemeinsames, aufopferndes Wirken für die Sache des Proletariats verbunden waren. Schon im jugendlichen Alter gab sich die Verstorbene mit glühender Begeisterung den sozialistischen Ideen hin. Das Lesen sozialdemokratischer Schriften und Zeitungen war ihr ein höherer Genuß als Tanz und andere Zerstreuungen. Nichts beglückte sie inniger als die Möglichkeit, im kleinen Kreise das Evangelium von der Freiheit alles dessen, was Menschenanliß trägt, verkünden zu können, ihm neue Befenner und Befennerinnen zu werben oder ihm sonst zu dienen. Als junges Fräulein, 21 Jahre alt, nahm sie als Delegierte der Wahlkreise Grünberg-Freiberg und Sagan-Sprottau an dem Parteitag zu Gotha teil. Sie griff in die Debatten über die Frauenagitation ein und befristete die Herausgabe von Flugblättern und Broschüren, die von Frauen aus dem Volke gemeinverständlich und vollstündlich geschrieben werden sollten. Die mit der Kinderzahl wachsenden mütterlichen Verpflichtungen verhinderten, daß Genossin Heinrich ihrer Begabung und Neigung entsprechend, sich ein größeres Wirkungsfeld in der Bewegung schaffen konnte. Aber aller Schwierigkeiten ungeachtet ist sie stets kämpfend, mit opfermutiger Treue in Reih und Glied gestanden und hat unermüdet wertvolle agitatorische und organisatorische Kleinarbeit geleistet. In Zittau und Löbau hat sie längere Zeit für die Partei, insbesondere auch für die Verbreitung ihres Organs, mit Eifer und Erfolg gewirkt. Auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete — Genossin Heinrich gehörte dem Fabrikarbeiterverbande an — war sie in ihrem letzten Wohnorte Hartha tätig. Sie hat sich im Kampfe mit der Mühfal des proletarischen Lebens und im Kampfe für ihre Ideale wohl bewährt. Ehre dem Andenken der tapferen, überzeugungstarken Frau!

Notizenteil.

Der Zehnstundenkampf der Textilarbeiter in Crimmitschau.

Schon vor Wochen regnete es lägenhafte Prophezeiungen von seiten der Unternehmer und ihrer Presselosan, daß der Kampf wegen mangelnder Mittel zu Ende gehe. Die Lügen waren kurzlebig. Die Aussperrung dauert nun bereits über den zweiten Monat, und obgleich sie der Textilarbeiterschaft Crimmitschaws manche düstere Stunde und manche harte Entbehrung bringt, weist diese doch nach wie vor entschlossen die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit zurück. Das haben erst neuerlich wieder fünf massenhaft besuchte Versammlungen bekräftigt, die vom besten Geiste getragen waren. Die Unternehmer ihrerseits steifen sich starrnackig gegen jedes zuzufriedenstellende Zugeständnis an ihre Lohnsklaven. Sie erklären, durch den Kampf so schwere Verluste erlitten zu haben, daß sie nicht mehr in der Lage seien, in eine Verlängerung der Arbeitszeit willigen zu können und zu den alten Arbeitsbedingungen weiter arbeiten müßten. Die Herren bauen noch immer darauf, daß der Hunger die Aussperrten mürbe machen werde. Sie übersehen dabei, daß ihre maßlose Profitwut den Hunger als häufigen Gast in das Heim der Textilarbeiter gesetzt hat. Wenn diese daher die Wahl haben, arbeitend oder feiernd zu darben, so ziehen sie gern feiernd den Schmachtriemen etwas fester, wenn es gilt, dadurch bessere Arbeitsbedingungen zu erlangen. Die Geldsacksfürsten von Proletarier Gnaden übersehen noch ein anderes. Die Solidarität der Arbeitsbrüder und Arbeitsschwester der Textilindustrie, des organisierten Proletariats überhaupt, hat bis jetzt die schwärzeste Not von den kämpfenden ferngehalten. Mehr als 300000 Mark schon sind ihrer Kriegskasse zugeflossen. Die tatkräftige Solidarität wird und darf auch weiterhin nicht versagen. Die Crimmitschauer Textilarbeiterschaft kämpft ja nicht bloß für die eigene Sache, vielmehr für die des gesamten deutschen Textilproletariats, für die der gesamten deutschen Arbeiterklasse. Wir haben schon bei Beginn der Aussperrung darauf hingewiesen, daß dieselbe von entscheidendem Einfluß auf den Kampf um die gesetzliche Festlegung des Zehnstudentags ist. Sogar in der klerikalen „Kölnischen Volkszeitung“ muß aus Fachkreisen zugegeben werden, daß der Kampf in Crimmitschau ein berechtigter ist, und daß die Textilbarone des Osts sich wohl zu Zugeständnissen bequemen könnten, weil sie weit schlechtere Löhne zahlen als ihre „Erwerbsgenossen“ in Westdeutschland. Es liegt auf der Hand, daß der lange Kampf, der gegen 235000 Spindeln und 1800 Tuchhühle still gesetzt hat, bestimmte Zentren der deutschen Textilindustrie in Mitleidenschaft zieht. In München-Gladbach müssen 1000 Stühle wegen Garumangels feiern; Kleinfabrikanten von Bigognewesten in Thüringen sind gezwungen, ihren Betrieb einzuschränken usw. Dem allgemeinen Erwerbsleben von Crimmitschau werden Wunden geschlagen. In der städtischen Sparkasse wurden im September dieses

Jahres 40000 Mark Einlagen mehr abgehoben, als im nämlichen Monat 1902. Die Zahl der erloschenen Konten war doppelt so groß, die der neuen Einlagen weit geringer als im Vorjahr. Ohne Prophet zu sein in Israel kann man behaupten, daß es nicht kämpfende Arbeiter und Arbeiterinnen sind, die ihre Spargroschen zurückholen und keine neuen deponieren. Die Textilarbeiter haben nichts auf die hohe Kante zu legen. Dagegen sind es die kleinen Geschäftsleute, die infolge stockenden Absatzes nichts auf die Seite bringen können und auf ihre Einlagen zurückgreifen müssen. Da eine Besserstellung der Arbeiter — ihrer Hauptkundschaft — von großer Wichtigkeit für sie ist, stehen sie mit ihren Sympathien auf Seiten der Ausgesperrten. Die neuerlichen Versuche der Unternehmer, die Arbeiter der einzelnen Betriebe zur Wiederaufnahme der Arbeit unter den alten Bedingungen zu bestimmen, sind täglich gescheitert. So blühte zum Beispiel der Inhaber der Firma Schmidt & Bilz ab, welcher „seine Arbeiter“ unter dem Deckmantel einer „Besprechung in Krankenkassenangelegenheiten“ eingeladen hatte, aber statt von Kassenfragen von den aufbegehenden Führern rebete und das hohe Lied der Fabrikanten sang, denen das Wohl ihrer Arbeiter am Herzen liege. Überflüssig zu bemerken, daß die löbliche Polizei pflichteifrig gegen jeden Streikposten einschreitet, durch den sich ein Fabrikant „belästigt“ fühlt. Die Ausgesperrten lassen sich weder zur Mutlosigkeit schrecken, noch zu Ausschreitungen provozieren. In würdiger Ruhe und Entschlossenheit harren sie aus, wollen sie den Kampf bis zu einem zufriedenstellenden Ausgang führen. Möchten sie, gestützt von der proletarischen Solidarität, bald einen ehrenvollen, vorteilhaften Frieden erstreiten.

Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation.

Fortschritte der Textilarbeiterorganisation in Meerane i. S. Was lange Jahre mühevoller Agitationsarbeit nicht durchzusetzen vermochte, das hat die Profitgier der Herren Schlotbarone mit einem Schläge vollbracht. Nichts war bisher imstande gewesen, die Arbeiter und Arbeiterinnen der Meeraner Spinnereien aus ihrer dumpfen lethargie aufzurütteln. Sogar die Aussperrung und der große, erfolgreiche Weberstreik am Ort waren spurlos an ihnen vorübergegangen, hatten sie nicht veranlaßt, sich ihrer Organisation anzuschließen. Und doch tut ihnen deren Schicksal bitter not. Schwer, allzuschwer lastet die mächtige Faust ihrer Ausbeuter auf ihnen. Endlich wurde in jüngster Zeit in den Indifferentismus der Meeraner Spinnereiarbeiterschaft Bresche gelegt. Und zwar trat ein ganz unerwarteter und unfreiwilliger Bundesgenosse der „gewerkschaftlichen Gehapostel“ in die Schranken. In Grimmschau wurden mit den Webern zusammen auch die Spinner und Spinnerinnen ausgesperrt, um durch Stockprügel auf den Magen von der Forderung des Zehnstundentags kuriert zu werden. Dieser Umstand gab auch unserer Arbeiterchaft der Spinnereien zu denken und machte ihr den Wert gewerkschaftlichen Zusammenschlusses klar. Aus ihrer Mitte liefen Anmeldungen zur Mitgliedschaft bei dem Textilarbeiterverband ein, so daß sich die örtliche Leitung der Organisation zu dem Versuche ermutigt fühlte, dieser in einer öffentlichen Versammlung der Spinner und Spinnerinnen Anhänger zu werben. Die Versammlung fand am 16. September statt, war stark besucht, und auch die Besitzer und Leiter der hiesigen Spinnereien wohnten ihr bei. Genosse Glanzmann-Leipzig referierte über „Zweck und Nutzen der Arbeiterausschüsse in den Betrieben“. Von den Übelständen in den hiesigen Spinnereien gut unterrichtet, ging er mit den Herren Unternehmern scharf ins Gericht. Eindringlicher noch als der gespendete Beifall bewiesen die zahlreichen Anmeldungen zum Textilarbeiterverband, daß er mit seinen Ausführungen ins Schwarze getroffen. In der Diskussion ergriff Genossin Fiedler das Wort und feuerte mit markigen Sätzen namentlich die Frauen und Mädchen der Spinnereien an, sich neben ihre Arbeitsschwester der Webereien, neben ihre Arbeitsbrüder in Reich und Glied der Organisation zu stellen. „Seht euch um in eurem Kreise“, so rief sie den Genossinnen zu. „Was hat die Profitgier der Unternehmer aus euch gemacht? Wandelnde Leichen. Ausgemergelte Gestalten. Statt dem Rot der Gesundheit, dem Schimmer der Jugendkraft habt ihr den Stempel der Krankheit, frühzeitigen Wellens auf dem Antlitz. Wollt ihr, daß es so weiter geht? Nein, und tausendmal nein, das dürft ihr nicht wollen. Deshalb Hand ans Werk, eine jede von euch. Eine jede von euch muß im Dienste der Gewerkschaft Agitatorin, Organisatorin werden.“ In der weiteren Diskussion wurde ein Bild der traurigen Arbeits- und Lohnverhältnisse in den Spinnereien entrollt. Wir berichten darüber demnächst an anderer Stelle und schließen hier mit der Hoffnung, daß die oben mitgeteilten zündenden Worte nicht ungehört verhallt sind, daß vielmehr die endlich in Fluß gekommene Bewegung andauert und dem Textilarbeiterverband zahlreiche Spinner und Spinnerinnen als treue Mitglieder zuführt.

M. K.-Meerane.

Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen von Chicago ist sehr gut entwickelt. Mr. Grant, der Stützsekretär des staatlichen Schiedsgerichts von Illinois, anerkennt die Tatsache in einem Bericht. Er weist nach, daß die Arbeiterinnen von Chicago dank ihrer guten gewerkschaftlichen Organisation bereits begrüßenswerte Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen erreicht haben. In verschiedenen Gewerben, so zum Beispiel in der Papierindustrie, wurde durch das Eingreifen der Gewerkschaft ein Minimallohntarif festgelegt. Aus diesen Tatsachen sollten die deutschen Arbeiterinnen lernen, die noch immer nicht dem Beispiel ihrer aufgeklärten Schwestern gefolgt sind und der Organisation leider noch fernstehen.

Sozialistische Fraubewegung im Ausland.

Für die zweite Konferenz der österreichischen Genossinnen, welche am 9. November in Wien zusammentritt, ist eingegangenen Anträgen entsprechend eine etwas veränderte Tagesordnung festgelegt worden. Sie umfaßt nun folgende Punkte: 1. Organisation und Agitation, Referentinnen die Genossinnen Lippa und Boschet; 2. Arbeiterinnenschutz, Referentin Genossin Popp; 3. Die Presse, Referentin Genossin Pohl; 4. Die politische Betätigung der Frauen, Referentin Genossin Schlesinger; 5. Die Bedeutung der Konsumvereine für die Arbeiterklasse, Referentin Genossin Nowak; 6. Eventuelles.

Fraubewegung.

Die zweite Generalversammlung des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine und im Anschluß an sie die erste Generalversammlung des deutschen Vereins für Frauenstimmrecht haben vom 27. September bis mit 2. Oktober in Hamburg und Altona stattgefunden. Die erstgenannte Tagung hat sich mit verschiedenen wichtigen Reformfragen beschäftigt, so mit der Muttterschaftsfürsorge, der Arbeiterinnenorganisation usw. Wir werden auf die Verhandlungen der beiden Organisationen zurückkommen, sobald in der frauenrechtlerischen Presse zuverlässige Berichte darüber vorliegen.

Elf weibliche Doktoren verschiedener Fakultäten haben im Studienjahre 1901/1902 an deutschen Universitäten promoviert, davon fünf in Heidelberg, zwei in Halle und je eine in Berlin, Freiburg, München und Straßburg. Vier Medizinerinnen errangen den Dokortitel, die anderen promovierten Frauen studierten Philosophie, Philologie, Kunstgeschichte, Nationalökonomie, Geographie und Zoologie.

Die 22. Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins hat unter dem Vorsitz von Helene Lange vom 27. bis 30. September in Köln a. Rh. getagt. In folgendem seine Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht über die zweijährige Wirksamkeit des Vereins, erstattet von Helene Lange; 2. Geschäftsbericht über die vom Verein gegründeten und geleiteten Gymnasialkurse für Mädchen, erstattet von Käthe Windscheid; 3. Bericht der Stipendienkommission, erstattet von Anna Schmidt; 4. Die Schule im Kampfe gegen den Alkohol, Bericht über die einschlägige Tätigkeit der nordamerikanischen Frauen; 5. Bericht über die Kommission für Rechtsschutz; 6. Bericht über Reform- und Organisationsversuche auf dem Gebiete weltlicher Krankenpflege, erstattet von Elisabeth Krakenburg; 7. Antrag des Vorstandes: „Der Verein wolle sich in der nächsten Geschäftsperiode die Aufgabe stellen, für die unbeschränkte Zulassung der Frauen zu den Pflichten und Rechten der kommunalen Verwaltung, insbesondere auf dem Gebiete der Armen- und Waisenspflege und der kommunalen Schulverwaltung zu wirken“; 8. „Wie denken wir uns die Zukunft des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins?“, Vortrag von Julie Eichholz. Die Generalversammlung erledigte außerdem noch die übrigen Geschäfte und eine Reihe von Anträgen. In Verbindung mit der Generalversammlung fand am 28., 29. und 30. September ein öffentlicher Frauentag statt mit folgenden Vorträgen: „Wie erzieht das Haus für das soziale Leben?“, Helene v. Forster; „Frauentätigkeit“, Alice Salomon; „Soziale Frauentätigkeit im Osten Deutschlands“, Marie Fecht; „Moderne Sittlichkeitsprobleme“, Ida Freudenberg; „John Stuart Mill und die Fraubewegung“, Marie Gothein; „Die Frau als Bürgerin“, Helene Lange. Wir werden uns mit den Arbeiten der Generalversammlung noch beschäftigen.

Zur Beachtung.

Alle auf die Agitation unter den proletarischen Frauen bezüglichen Briefe und Sendungen sind zu richten an:

Offizielles Baader

Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands
Berlin SW., Blücherstraße 49, Hof II.